

Informationsvorlage		Vorlage-Nr: 2019/MC/144
Federführend: Bürgermeister		Status: öffentlich
		Datum: 25.11.2019
		Verfasser: Herr A. Müller
		FBL: Herr A. Müller
Bericht des Bürgermeisters zur Sitzung der Stadtvertretung am 03.12.2019		
Behandlung	Termin	Beratungsfolge
Öffentlich	03.12.2019	Stadtvertretung der Stadt Malchin

Information:

Die Stadtvertretung nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Anlagen:

Bericht des Bürgermeisters

Verwaltungsbericht zur Stadtvertretersitzung am 03. Dezember 2019

Sehr geehrte Damen und Herren Stadtvertreter,

unser WasserZweckVerband (WZV) Malchin-Stavenhagen wird, die Zustimmung durch die ordentliche Verbandsversammlung am 06.01.2020 vorausgesetzt, die Gebühren für die Versorgung mit Trinkwasser und Entsorgung des Abwassers für den Gebührenkalkulationszeitraum 2020/21 erhöhen müssen. Auf der Verbandsversammlung am 17.10.2019 wurde den Verbandsmitgliedern umfassend erläutert, warum es zu einer Gebührenanpassung kommen muss. Nach eingehender Diskussion, in der auch mögliche Einsparpotentiale diskutiert wurden, wurde beschlossen, dass die Geschäftsführung in zwei weiteren Beratungen den Bürgermeistern die notwendigen Kostenerhöhungen und die Auswirkungen auf die durch die Bürger zu entrichtenden Gebühren erläutert werden.

Die Beratung dazu mit den Bürgermeistern und den in den jeweiligen Stadt- und Gemeindevertretungen vertretenen Fraktionsvorsitzenden sowie unserer Wohnungsgesellschaft/Wohnungsgenossenschaft fand am 06.11.2019 im Rathaussaal in Malchin statt.

Nach Erläuterung und Diskussion des vorgestellten Zahlenmaterials wurden drei Varianten einer möglichen Gebührenanpassung diskutiert:

01. Erhöhung der Mengengebühr
02. Erhöhung der Grundgebühr
03. ein Mix aus beiden Gebühren.

Aus wirtschaftlicher Sicht ist eine Erhöhung der Grundgebühr für das Unternehmen die beste Variante, da der Anteil der Fixkosten bei ca. 80 % der Gesamtkosten liegt.

Nach eingehender Diskussion hat sich die Mehrheit unserer Bürgermeister für die Variante 3 ausgesprochen, das heißt, eine moderate Anhebung der Mengen- und der Grundgebühr.

Die Erläuterung zur Gebührenkalkulation habe ich als Anlage 1 diesem Bericht beigelegt.

Als Anlage 2 liegt meinem Verwaltungsbericht auch das durch uns beauftragte Sachverständigengutachten zur Solar/LED-Straßenbeleuchtungsanlage in Scharpzow bei. Im Fazit dieses Gutachtens kommt man zu dem Schluss, dass die installierte Solarbeleuchtung an diesem Standort unter unseren geografischen Bedingungen und den geforderten Leistungsparametern nicht funktionieren kann. Auf Grundlage dieser Studie gab es am 14.11.2019 in Schwerin ein Gespräch mit dem zuständigen Minister und Fördermittelgeber, Herrn Pegel.

Herrn Pegel wurde das Gutachten vorgestellt und die Möglichkeiten, wie eine funktionierende Straßenbeleuchtung in Scharpzow installiert werden kann, erläutert. Im Ergebnis dieses sehr interessanten Gespräches wurde festgelegt, dass wir einen Änderungsantrag zu unserem Förderantrag beim LFI M-V stellen sollen mit dem Ziel, die jetzigen Solarleuchten an anderen geeigneten Standorten in Malchin

aufzustellen, wo sie unter optimalen Standortbedingungen funktionieren werden (klar ist aber, dass ein dauerhaftes Leuchten über mehr als 4 Stunden am Stück täglich nicht zu erreichen ist).

Diese Aussage bzw. das Entgegenkommen des Fördermittelgebers ist für uns insofern wichtig, dass wir uns dann um eine andere Form der Straßenbeleuchtung in Scharzow bemühen können.

Des Weiteren finden Sie im Anhang einen ersten, bereits mit der zuständigen Denkmalbehörde sowie den städtebaulichen Rahmenplanern abgestimmten Entwurf für den Ausbau und die Gestaltung unseres Marktes. Dieser Entwurf ist in der Sitzung unseres Bauausschusses am 11.11.2019 vorgestellt und besprochen worden, ist Grundlage für die Beauftragung der notwendigen Fördermittel und soll, sofern die dann notwendigen Beschlüsse der Stadtvertretung vorliegen, im nächsten Jahr umgesetzt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtvertreter,

mit Beginn zum 01.11.2019 erweitert sich das Aufgabengebiet der Tourismuskordinatorin um das Thema/Projekt „Stadt-Land-Gut“ vom Verein der Schlösser und Guts- und Herrenhäuser in M-V. Dieses Projekt ist beim Planungsverband Rostock angesiedelt. Unsere Tourismuskordinatorin hat während des Projektzeitraumes ihre tägliche Arbeitszeit beim RUN e. V. um 50 % reduziert, um die Projektleitung des vorgenannten Projektes zu übernehmen. Wir (die Mitglieder des RUN) haben dieser Maßnahme zugestimmt, da wir uns von dem Projekt entscheidende Synergieeffekte in die Region des Landkreises Rostock versprechen.

Mehr versprochen haben wir uns auch für unser Engagement zur Errichtung eines weiteren Briefkastens am oder in der Nähe des Penny-Marktes. Auf Grund mehrerer Nachfragen älterer Bürger aus dem Wohngebiet Am Zachow und der Heinrich-Heine-Straße sowie auf Bitte des Blinden- und Sehschwachenverbandes haben wir uns schriftlich an die Deutsche Post gewandt, einen Briefkasten am/in der Nähe des Penny-Marktes aufzustellen.

Dies wurde nett aber bestimmt mit dem Hinweis abgelehnt, dass die in der Post-Universaldienstleistungsverordnung vorgeschriebenen Qualitätsmerkmale eingehalten und in Malchin sogar übertroffen werden. Konkret heißt dies, dass in zusammenhängend bebauten Wohngebieten in der Regel nicht mehr als 1000 Meter zum nächsten Briefkasten zurückzulegen sein dürfen. Dies ist bei uns der Fall (nächster Briefkasten – Baumarkt Mothes).

Am 02.11.2019 feierten anlässlich des 95jährigen Bestehens der Freiwilligen Feuerwehr Malchin die Kameradinnen und Kameraden mit ihren Angehörigen im Steakhouse in Basedow ihren diesjährigen Kameradschaftsabend. Ich habe mich bei dieser Gelegenheit für die Einsatzbereitschaft und das Engagement unserer Feuerwehrleute und für das Verständnis der Angehörigen für dieses Ehrenamt bedankt.

Die Erfassung, Begutachtung und Pflege unserer Bäume hat uns doch vor erhebliche Probleme gestellt. Mit der Firma BTFIETZ GmbH – Gesellschaft für kommunales Geomanagement mbH - wurde eine Software entwickelt, die uns die Erfassung, Bewertung und Kontrolle unserer Bäume deutlich vereinfacht. Das Basismodul von GISAL-WEB kann nun als Auskunftsarbeitsplatz vollständig genutzt werden.

Der Städte- und Gemeindegtag hat uns mit Schreiben vom 24.10.2019 eine Information zur Reform der Grundsteuer zukommen lassen, die ich Ihnen gerne zur Kenntnis geben möchte – siehe Anlage 4.

Die Grundsteuer ist für uns eine verlässlich planbare Einnahmequelle, weil sie nicht wie die Gewerbesteuer z. B. starken Schwankungen unterworfen ist.

Wenn die Grundsteuerreform verabschiedet ist und Gesetzeskraft erlangt hat, haben die Finanzverwaltungen vier Jahre Zeit, die Besteuerungsgrundlage nach dem neuen Recht zu ermitteln. Bis dahin erfolgt die Grundsteuererhebung nach den bisherigen Regelungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

in diesem Jahr jährte sich zum 30. Mal der Jahrestag zum „Mauerfall“ am 08.11.1989. Aus Anlass dieses historischen Ereignisses haben wir zu einer Festwoche (vom 28.10. bis 10.11.19) eingeladen. Den Auftakt bildete eine Lesung in unserer Bibliothek „Schöne Seelen und Komplizen“ mit Julia Schoch.

Am 28.10.2019 folgte die Ausstellungseröffnung „Aufbruch im Norden“ (ebenfalls in der Bibliothek). Es folgte dann u. a. die Sonderaufführung des Filmes „Gundermann“ in unserem Kino.

Höhepunkt der Veranstaltungsreihe war dann die Festveranstaltung am 08.11.2019 in unserem Rathaussaal. Als Festrednerin konnte Frau Marita Richter gewonnen werden. Für die kulturelle Umrahmung sorgten junge Musiker aus unserer Musikschule.

Zeitgleich feierten wir auch noch die 10jährige Städtepartnerschaft mit der Stadt Hesperingen. Höhepunkt dieser Veranstaltung war neben der gemeinsamen Pflanzaktion (es wurde eine Eiche gepflanzt) die Festveranstaltung am 09.11.2019 – ebenfalls in unserem Rathaussaal. Die Teilnahme unserer Partnerstädte Szerencs und Hesperingen mit ihren jeweiligen Bürgermeistern gab beiden Veranstaltungen einen würdigen Rahmen.

Zum 01.11.2019 hat auch unser Polizeirevier eine Präventionsberaterin im Range einer Polizeihauptmeisterin. Auch hier freuen wir uns auf die Zusammenarbeit. Ein erstes Treffen mit der Präventionsberaterin wird es höchstwahrscheinlich noch in diesem Jahr geben.

In unserer letzten Sitzung am 16.10.2019 wurde u. a. die Änderung unserer Hauptsatzung beschlossen. Nach der Anzeige bei der unteren Rechtsaufsichtsbehörde des Landkreises (keine Bedenken) wurde sie auf unserer Homepage veröffentlicht und ist soweit rechtswirksam.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtvertreter,

im B-Plan-Gebiet „Wiesengrund“ in Salem beginnen mit der Bauanlaufberatung am 04.12.2019 die Erschließungsarbeiten. Unser Erschließungsträger – die Drewes-Brumund GbR – hat zu der Bauanlaufberatung am 04.12.2019 neben dem Planungsbüro, den öffentlichen Versorgungsträgern und der Stadt auch die Anwohner der Grundstücke Salem 3 a bis 9 eingeladen, um über die geplanten nächsten Schritte zu informieren.

Informiert über den weiteren Bauablauf „Sanierung Petersilienstr./Steintormauerstr.“ werden die Anwohner am 27.11.2019 im Rahmen einer Anwohnerversammlung, die im Rathaussaal (18.00 Uhr) stattfindet.

Die Arbeiten am ersten Bauabschnitt „Neugestaltung Schlossvorhof Remplin“ sind ebenfalls angelaufen und sollen im ersten Quartal 2020 abgeschlossen werden. Auch der Eigentümer des sogenannten „Schlossflügels“ hat mit den ersten Sicherungsmaßnahmen an seinem Gebäude begonnen. Ziel ist es, den Schlossflügel bis 2021 denkmalgerecht zu sanieren. Saniert wird gegenwärtig auch die Kita in Remplin. Zu diesem Zweck werden während der Bauphase alle Kinder in der Kita in Basedow untergebracht.

Mittlerweile beendet und abgenommen ist die Maßnahme „Wegebau Wallanlage“. Die Vorbereitungen für die Ausschreibung der Planungsleistungen für den Neubau „Spielplatz Wallanlage“ laufen derzeit auf Hochtouren. Ziel ist es nach wie vor, den Spielplatz bis zum Frühsommer 2020 fertigzustellen.

Im Rahmen der Unterhaltungsleistungen an unseren Wegen und Straßen wurden folgende Maßnahmen ausgeführt:

- Ländlicher Weg (LW) Wendischhagen-Glasow
- LW Wendischhagen-Basedow Brücke
- LW Wendischhagen-Forsthof
- LW Viezenhof
- LW zum Moorbauern
- Weg zum Gutshaus Gorschendorf
- Schloßstraße, Kapellen- und Wiesenweg Remplin.

Am 02.10.2019 gab es ein weiteres Abstimmungsgespräch zum Radwegebau an der L 202 von der Waldarena bis zum Abzweig Peenhäuser.

Die Trassenführung, die Ausbauart, die Art der Gründung des Radweges im Niedermoorbereich sind festgelegt. Im Niedermoorbereich werden gegenwärtig die letzten Baugrunduntersuchungen durchgeführt und die Vergabe der Planungsleistungen für das Ingenieurbauwerk zur Querung des Vorfluters wird vorbereitet.

Nachdem die letzten Finanzierungs- und Grundstücksfragen für den Radweg auf dem alten Bahndamm von Malchin über Gielow bis nach Schwinkendorf durch die Gemeinde Gielow/Stadt Malchin geklärt sind, kann auch hier die Planung für den Ausbau in Auftrag gegeben werden.

Für den Umbau der Lindenturnhalle zum Veranstaltungszentrum müssen nun die Unterlagen für die Genehmigungsplanung erarbeitet werden. Die notwendigen Unterlagen dazu werden gegenwärtig erstellt.

Unter Hochdruck wird an der Vorbereitung der EU-weiten Ausschreibung der Planungsleistungen für den inklusiven Umbau der Siegfried-Marcus-Schule zur Schule mit spezifischer Kompetenz mit den Schwerpunkten Sehen, Hören und motorische Entwicklung gearbeitet. Dazu gab es am 18.10.2019 und am 20.11.2019 entsprechende Beratungen mit der von uns mit der Vorbereitung beauftragten Rechtsanwaltskanzlei in Rostock. An dem Termin am 20.11.2019 nahm auch erstmalig mit Herrn Teggatz ein Vertreter der Siegfried-Marcus-Schule teil. Während dieser mehrstündigen Beratung wurden die zu beauftragenden Planungsleistungen detailliert besprochen. Unserem Ziel, einen „Generalplaner“ für alle Planungsphasen zu binden, kann aus vergaberechtlichen Bestimmungen nicht gefolgt werden. Im Ergebnis unserer letzten Beratung werden wir Objekt- und Fachplanungsleistungen in 10 Losen ausschreiben. Eine Besichtigung der Schule durch die Fachplaner wird dabei zwingend vorgeschrieben.

Im Ergebnis der Beratungen zur Änderung des Schulgesetzes wurde beschlossen, dass die Förderschulen, also auch unsere Förderschule bis zum Schuljahr 2027/28 Bestand haben werden. Eine dauerhafte Sicherung unserer Förderschule konnte trotz mehrerer Gespräche mit den zuständigen Behörden nicht erreicht werden.

In engem Zusammenhang mit der Sanierung/dem Umbau der Siegfried-Marcus-Schule steht der Umzug der Bibliothek. Gerade dieser Umzug hat in den letzten Wochen doch für erhebliche Aufregung nicht nur unter den Mitgliedern des Fördervereins, sondern auch unter unseren Einwohnern gesorgt. Höhepunkt des Bekenntnisses zu unserer Bibliothek war sicherlich das stille Lesen am 21.11.2019 auf unserem Markt. Rund 100 Teilnehmer bekundeten hier ihre Verbundenheit mit der Bibliothek.

Wir haben uns bisher mit 15 verschiedenen Objekten beschäftigt, die aus unserer Sicht theoretisch als Ausweichstandort für die Bibliothek in Frage kommen könnten. Gegenwärtig sind zwei Objekte in der engeren Wahl. Die Besichtigung der Objekte hat stattgefunden, erste Gespräche zu den Mietkonditionen laufen. Abschließende Ergebnisse liegen noch nicht vor. Am Ende unserer Gespräche werden wir die geprüften Objekte auflisten, die Vor- und Nachteile benennen und den zuständigen Fachausschüssen vorstellen.

Mit Schreiben vom 20.09.2019 haben wir den im Lenkungsausschuss zur Umsetzung des Digital-Paktes beschlossenen Roll-Out-Plan erhalten, der die Grundlage für die Antragstellung durch die kommunalen Schulträger bildet. Zur Unterstützung der Antragsteller lädt das Bildungsministerium zu einer Informationsveranstaltung am 21.01.2020 in die Fachhochschule Neubrandenburg ein. Im Rahmen dieser Veranstaltung wird auch das Projekt „Integriertes Schulmanagementsystem“ vorgestellt.

Vorgestellt wurde am 30.10.2019 auch die dritte Fortschreibung unseres ISEK. Die Fortschreibung und Bestätigung des ISEK durch die Stadtvertretung ist wichtig, da es ein wesentlicher Bestandteil für die Förderung durch die Städtebauförderung ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtvertreter,

am 18.11.2019 fand eine weitere Gesprächsrunde zur Zukunft der Bootsschuppen am Dahmer Kanal (Höhe Maler Dahms) statt. Im Ergebnis dieses Gespräches sind wir (die Stadt und die Nutzer der Bootsschuppen) übereingekommen, dass eine Sanierung eines Bootsschuppens am Standort unter den Vorgaben des B-Planes und weiteren gestalterischen Hinweisen durch die Stadt machbar ist. Dazu werden die Interessenten einen neuen Verein gründen und bis zum März 2020 einen ersten Entwurf zur Neugestaltung/Sanierung vorlegen. Im Gegenzug wird die Stadt dem (neuen) Verein einen Entwurf für einen langzeitigen Pachtvertrag übergeben, in dem alle Belange beider Parteien geregelt sind (Rechte und Pflichten). Ein wesentlicher Bestandteil der Vereinbarung wird sein, dass die neuen Vereinsmitglieder neben der Sanierung auch den Abriss des verbleibenden Bootsschuppens übernehmen werden. Wie alle Gesprächstermine zuvor war auch diese Zusammenkunft von Sachlichkeit und Zielorientierung geprägt.

Am 22.11.2019 fand in den Räumlichkeiten des FSV Malchin eine außerordentliche Mitgliederversammlung des MSC „Kobra“ statt. Schwerpunkt dieser Mitgliederversammlung war der wiederholt an die Stadt herangetragene Wunsch, den Pachtvertrag mit unserem Pächter zu kündigen und den MSC Kobra zum Hauptpächter der Waldarena zu machen.

Diese Vorgehensweise wurde durch mich wiederholt mit Verweis auf das bestehende Vertragsverhältnis abgelehnt. Da ein Ausbau der Waldarena zu einer zeitgemäßen Sportstätte für den Motorball mit Unterstützung des ADAC nur möglich ist, wenn der MSC Kobra (Haupt-)Pächter der Waldarena ist, hat unser Vertragspartner die Bereitschaft signalisiert, unter gewissen Bedingungen seinen Pachtertrag zugunsten des MSC Kobra zu ändern bzw. aufzugeben. Dazu wird es ein Gespräch am 17.12.2019 beim Bürgermeister geben. Über das Ergebnis werde ich dann informieren.

Mit Schreiben vom 15.11.2019 hat uns der Landkreis MSE die Möglichkeit gegeben, im Rahmen einer Anhörung uns bis zum 22.11.2019 zum Vorschlag des ermittelten Kreisumlagehebesatzes zu äußern. Der Landkreis MSE schlägt dem Kreistag eine Kreisumlage in Höhe von 44,294 % vor. Dies ist eine Reduzierung der Kreisumlage gegenüber dem Haushaltsjahr 2019 von 2,01 %. Ein erster positiver Schritt, der nach unserer Meinung aber noch nicht ausreicht, da es noch zu keiner finanziellen Entlastung unseres Haushaltes führt. Mit dieser Kreisumlage von 44,294 % erfüllt der Landkreis seine Konsolidierungsziele und ist mit Ablauf des Haushaltsjahres 2020 wieder voll handlungsfähig. Wir verbinden damit die Erwartung, dass 2021 eine weitere spürbare Absenkung der Kreisumlage erfolgen wird.

Auf der Grundlage des § 7 Abs. 5 u. 6 unserer Hauptsatzung habe ich das gemeindliche Einvernehmen für folgende Bauvorhaben gegenüber dem Landkreis MSE als untere Bauaufsichtsbehörde hergestellt:

01. Einvernehmen zur Errichtung einer Trocknungsanlage für Holzhackschnitzel
Gemarkung Malchin
Flur 8
Flurstück 48/12 und

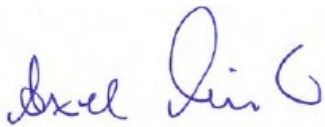
02. Genehmigungsfreistellung zur Errichtung eines Einfamilienhauses mit Garage
Gemarkung Malchin
Flur 11
Flurstück 416/17.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtvertreter,

zum Schluss meines Verwaltungsberichtes möchte ich noch einige offene Fragen aus den Sitzungen der Ortsteilvertretung und der letzten Stadtvertreterversammlung beantworten:

- Das Pingel-Gemälde ist als Dauerleihgabe an die Stadt Teterow gegeben worden.
- Das Wegeprofil des Weges in der Wallanlage wurde aus genehmigungsrechtlichen Grundlagen so belassen. Bei einer Längsneigung hätten wir entweder in den Boden eingreifen müssen (Wurzelschutz) oder auf der Hochseite des Weges viel Boden aufbringen müssen, um die dann entstehende Kante auszugleichen (Unfallgefahr).
- Verbrennen von pflanzlichen Abfällen
Die Stadt selbst kann das Verbrennen von pflanzlichen Abfällen auf Grund der geltenden Gesetzeslage nicht verbieten (Ausnahme: Status Kur- oder Erholungsort). Wir können unsere Bürger immer nur über die aktuelle Rechtslage aufklären und die Einhaltung der Vorschriften zur Verbrennung von pflanzlichen Abfällen kontrollieren, was flächendeckend u. a. personell nicht leistbar ist. Es wird also nur punktuelle Kontrollen geben können. Das Thema wird auch im Umweltausschuss des Kreistages diskutiert. Die einzige Möglichkeit, dieser Unsitte beizukommen ist, ein generelles Verbot der Verbrennung durch den Gesetzgeber. An diesem Ziel arbeiten wir.
- Der Feuerlöschteich in Gorschendorf wird nicht saniert werden. Nach Rücksprache mit dem WZV können wir ab sofort einen Hydranten zum Löschwassereinsatz nutzen. Das trifft auch auf den Ortsteil Gülitz zu.
- Nach Rücksprache und auf Bitte der Marktgilde werden die Markthändler noch bis Abschluss der Baumaßnahme Petersilienstraße 1. Bauabschnitt ihre Stände auf dem Marktplatz vor dem Rathaus aufstellen (Ausnahme – wenn Hochzeiten angemeldet sind).
- Schulsanierung Siegfried-Marcus-Schule
Folgende Lose werden ausgeschrieben:
 - Objektplanung Gebäude
 - Objektplanung Freianlagen
 - Tragwerksplanung
 - Technische Ausrüstung
 - Brandschutzkonzept
 - Fluchtwegeplanung/Feuerwehrplan
 - Schallschutzgutachten

- Wärmeschutz- und Energiebilanzierung
 - Bodengrundgutachten
 - Technische Gebäudeausrüstung – Fahrstuhl
- Fußgängerampel B 104 OD Remplin
Hier hat sich die Auffassung der unteren Straßenverkehrsbehörde nicht geändert. Eine Fußgängerampel (Bedarfsampel) ist auf Grund der bisherigen Unfallsituation nicht erforderlich. Eine Reduzierung/Beschränkung der Geschwindigkeit auf 50 km/h vom Ortseingang Remplin in Richtung Neu Panstorf bis zur Schmiede „Bleken“ wird es nicht geben, da die zulässige Geschwindigkeit hier bereits auf 70 km/h beschränkt ist.
- Problem „Parken“ – verlängerte Peenestraße
Hier werden wir einen Verkehrsspiegel aufstellen, der ein sicheres Ein- und Ausfahren ermöglichen wird.
- Frage Ehrenbürger – Stand der Recherche:
- Herr Kribzuk Wasilijewitsch
Stellv. Stadtkommandant in Malchin 1952 – 1955
 - Herr Emil Stiefel
25.06.2016 anlässlich der 750-Jahrfeier



Axel Müller
Bürgermeister

Anlagen

1. Erläuterungen WZV-Gebührenkalkulation
2. Sachverständigengutachten Solar/LED-, Straßenbeleuchtung Scharpzow
3. Entwurf Marktsanierung
4. Schreiben vom 21.10.2019 des StGT – Reform Grundsteuer
5. Konjunkturumfrage IHK Neubrandenburg für das östliche MV - Herbst 2019

Verwaltungsbericht zur Sitzung der Stadtvertretung am 3.12.2019- Teil II

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtvertreter.

Am 25. November 2019 fand bei uns in den Räumen der Freiwilligen Feuerwehr Malchin die 3. Regionalkonferenz des Kreisfeuerwehrverbandes statt. An dieser Beratung haben neben unseren Kameraden u.a. die Amtswehrführer des Altkreises Demmin und die Stadtwehrführer der amtsfreien Gemeinden Dargun und Demmin teilgenommen.

Der Landesbrandmeister Herr Hannes Möller und der Kreisbrandmeister Herr Norbert Rieger informierten unter anderem über das 50 Mio. Euro Förderprogramm des Landes zur zentralen Anschaffung von Feuerwehrtechnik. So werden aus diesem Programm zum Beispiel 150 TLF-W beschafft. Aus unserem Amtsbereich könnten die Feuerwehren Kummerow und Faulenrost berücksichtigt werden.

Für Schwerpunktfeuerwehren wie unsere Feuerwehr sollen 31 LF 20 angeschafft werden. Ob wir in den Genuss einer Förderung kommen, ist noch nicht entschieden. Die Kosten für die Anschaffung dieser neuen Fahrzeuge werden vom Land zu 80 % gefördert, 20 % muss die jeweilige Stadt/ Kommune selbst tragen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Beratung war der Gesundheitsschutz unserer aktiven Feuerwehrkameraden. Durch die in Aufstellung befindlichen Sicherheitskonzepte wird in Zukunft ein deutlich erhöhter Bedarf an persönlicher Schutzausrüstung notwendig werden. Kommen bei Brandeinsätzen Kameraden mit gesundheitsschädlichen Stoffen/ Materialien in Berührung, was in der Regel der Fall ist, ist die Einsatzkleidung noch am Brandort in die Reinigung zu geben. Das heißt konkret, dass noch am Einsatzort

Ersatzkleidung vorhanden sein muss. Für die Reinigung der Einsatzkleidung über einen externen Dienstleister ist ein Zeitraum von minimal einer Woche zu Veranschlagen. Für diesen Zeitraum muss also auch Ersatzeinsatzkleidung zur Verfügung stehen. Die Empfehlung des Kreisbrandmeisters ist es, zu diesem Zweck eine Amtsreserve anzulegen. Ein Thema, dass wir in der nächsten Bürgermeisterberatung besprechen werden.

Übrigens: Unsere Feuerwehr ist in diesem Jahr bislang 65-mal zu Einsätzen gerufen worden. Im Vergleich: Die Kameraden der FFW Neukalen 10-mal, die Kameraden in den amtsangehörigen Gemeinden im Durchschnitt 5-mal. An dieser Stelle möchte ich mich noch einmal für die Einsatzbereitschaft und das ehrenamtliche Engagement unserer Kameradinnen und Kameraden sowie bei deren Angehörigen für das Verständnis und auch die Entbehrungen, die insbesondere das Familienleben betreffen, herzlich bedanken.

Bedanken, dass er die Aufgabe übernommen hat und viel Erfolg in dieser für ihn nicht ganz neuen Funktion möchte ich mich bei Herrn Andreas Mohrholz, der am durch den Amtsvorsteher unseres Amtes am 20. November zum Amtswehrführer ernannt wurde.

Am 17. November fand der diesjährige Volkstrauertag statt. Begonnen wurde der Gedenktag mit einem ökumenischen Gottesdienst in der katholischen Kirche, an der neben der katholischen auch die evangelische und freikirchliche Gemeinde teilgenommen haben. Anschließend wurde ein Kranz am Gedenkstein niedergelegt. Unser Bürgervorsteher hat vor ca. 50 Gästen in einer kurzen, aber sehr emotionalen Ansprache den Verstorbenen gedacht. Musikalisch umrahmt wurde die Gedenkveranstaltung durch den Posaunenchor der evangelischen Kirchengemeinde.

Meine sehr geehrter Damen und Herren, Werte Gäste.

Am 29. November feierte der drittälteste Verein in unserer Stadt, der Verein für Deutsche Schäferhunde sein 90-jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlass fand in den Vereinsräumen ein kleiner Empfang statt. In einem kurzweiligen Vortrag stellte der Vereinsvorsitzende die wichtigsten Höhepunkte in der Geschichte des Vereins dar und bedankte sich bei verdienten und besonders aktiven Vereinsmitgliedern.

Vorgestellt im Rahmen einer Anwohnerversammlung wurde am 27. November hier im Rathaussaal der 2. Bauabschnitt unserer Baumaßnahme Petersilienstraße/ Steintormauerstraße. 20 Anwohner nutzten die Gelegenheit sich zu informieren und ihre Fragen zu dem Bauvorhaben selbst und damit im Zusammenhang stehenden Problemen wie der Erreichbarkeit der Grundstücke, Abfallentsorgung oder der Entwässerung ihrer Grundstücke stellen. Durch die Anwesenden Personen, vom verantwortlichen Ingenieurbüro über den WZV, die beiden Baubetriebe bis hin zu meiner Kollegin konnten alle Fragen beantwortet und noch anstehende Probleme gleich geklärt werden. Mit der Baumaßnahme soll im März begonnen werden.

Wenn sie einmal aufmerksam über unseren neuen Parkplatz am Nordquartier laufen, werden Sie feststellen, dass sich in der Ecke zur Dressel- und Achterstraße schon ein Trampelpfad als Abkürzung in Richtung Kalensches Tor gebildet hat. Die Firma Koch wird diesen Trampelpfad noch pflastern, so dass man dann an allen Ecken des Parkplatzes diesen vernünftig verlassen kann. Dies war auch ein im Anschluss an unsere Einwohnerversammlung oft gestellter Wunsch der Anwohner.

Die Straßenbeleuchtung in Malchin hat uns ja das ganze letzte Jahr beschäftigt. Zum Jahresende gab es nun noch eine frohe Botschaft:

Der Zuwendungsbescheid für die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED in Duckow hat uns am dieser Tage erreicht. Es werden in

Duckow 59 Straßenleuchten umgerüstet, 370 m Kabel verlegt und ein neuer Elektroverteilkasten aufgestellt. Die Gesamtkosten belaufen sich auf ca. 119 T€. Der Fördermittelanteil liegt bei ca. 71,6 T€, die Eigenmittel belaufen sich auf ca. 47,7 T€. Die Maßnahme muss bis zum 31. August abgeschlossen sein.

Ich möchte Sie auch drüber informieren, dass ich auf Grundlage unserer Hauptsatzung, §7 Abs. 5 und 6 das gemeindliche Einvernehmen nach §6 Abs.3 Landesbauordnung MV für das Vorhaben:

- Neubau EFH
- Gemarkung: Malchin
- Flur 11
- Flurstück 416/6 –Parkstraße 25

gegenüber dem Landkreis MSE/Bauamt erteilt habe.

Des Weiteren möchte ich Sie über die in der letzten Sitzung des Hauptausschusses am 26. November endgültig gefassten Beschlüsse informieren. Es sind dies die Beschlüsse:

- Siehe Anlage

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Werte Gäste.

Am 1. Dezember, pünktlich zum 1. Advent, startete auch wieder der beliebte Malchiner Adventskalender. Bis zum 24. Dezember wird wieder jeden Tag in einem anderen Malchiner Geschäft symbolisch ein Adventstürchen geöffnet und von den jeweiligen Geschäftsinhabern eine kleine Überraschung präsentiert. Wie die Jahre zuvor auch, wird das letzte Türchen am 24.12. um 10.00 Uhr im Rathaus geöffnet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtvertreter.

Ich möchte mich bei Ihnen für die konstruktive und sachorientierte Zusammenarbeit, bei der bei allen Meinungsverschiedenheiten zu einzelnen Themen aber immer das Wohl der Stadt im Vordergrund stand, bedanken. Ich denke, wir haben für alle Fragen und Probleme, auch wenn es manchmal ein bisschen länger gedauert hat, gute und zukunftsfähige Lösungen gefunden.

Vielen Dank dafür.

Auch unseren Gästen, einige von Ihnen waren ja regelmäßig Gast unserer Sitzungen, sage ich vielen Dank für das Interesse und die sachdienlichen Hinweise und Kritiken zu Problemen, die Ihnen auf den Nägeln brannten. Auch hier gilt das zuvor gesagte, wir haben oft, wenn auch nicht immer zeitnah, eine Lösung gefunden.

Bleibt mir zum Ende meiner Ausführungen nur noch, Ihnen allen ein schönes Weihnachtsfest sowie Glück und Gesundheit für das neue Jahr zu wünschen.

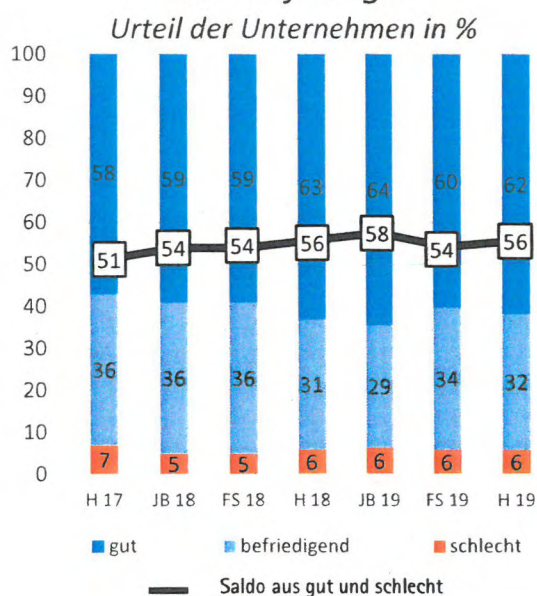
Vielen Dank.

Hinweis: Jahresanlauf 2020 am 17. Januar im KKH

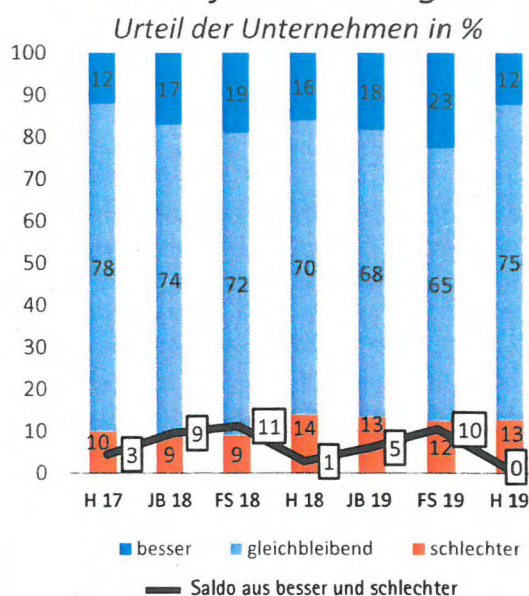
Ergebnisse Konjunkturumfrage der IHK Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern

Herbst 2019

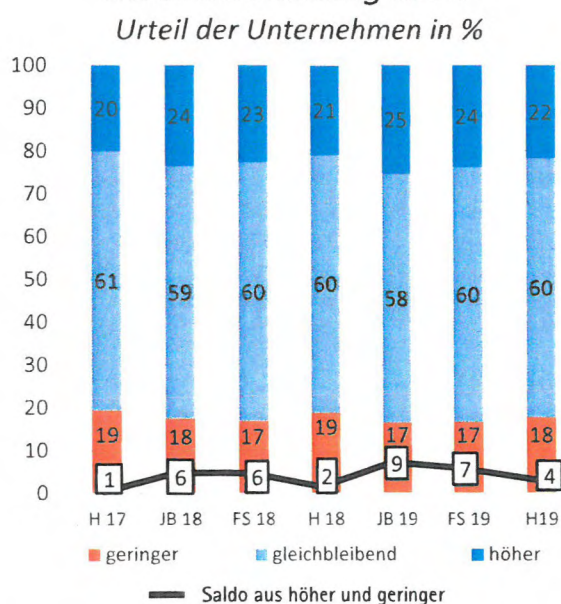
Geschäftslage¹⁾



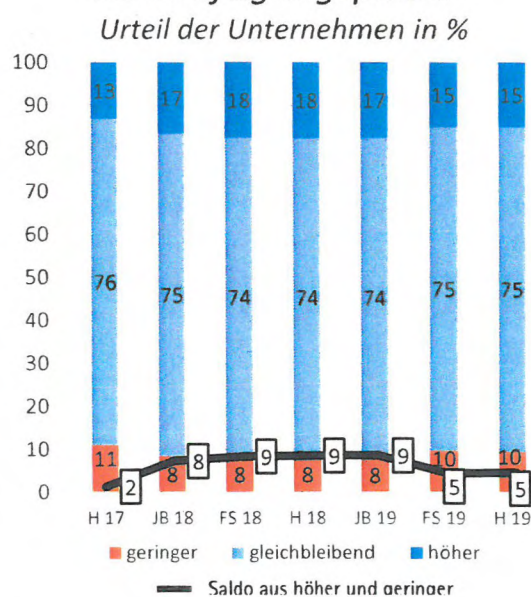
Geschäftserwartungen¹⁾



Investitionsausgaben¹⁾



Beschäftigungspläne¹⁾



¹⁾ Abweichungen der Summen von 100 ergeben sich durch die Rundungen auf ganze Zahlen.

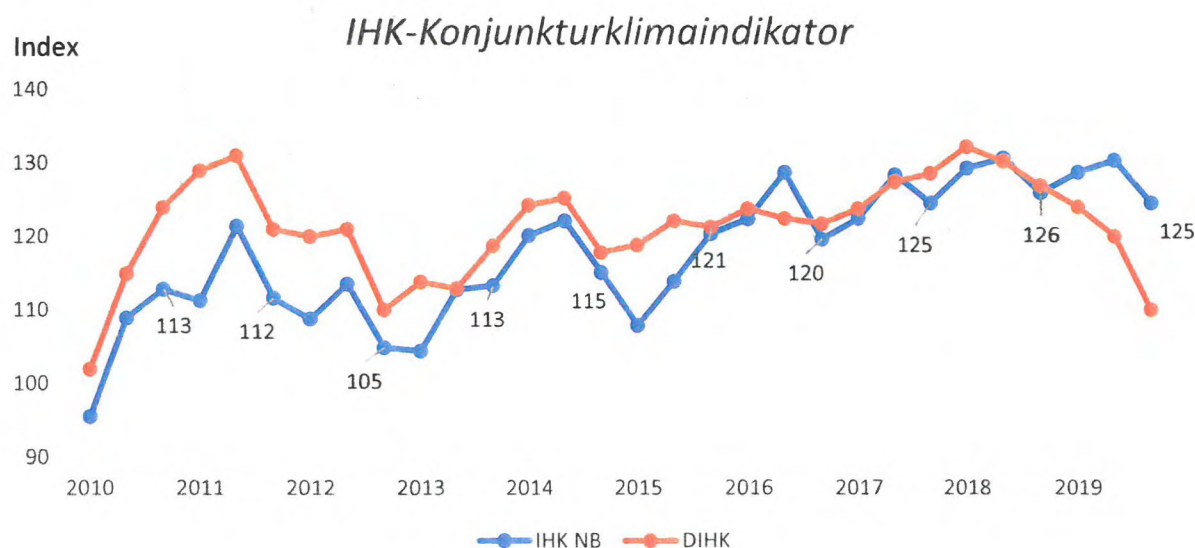
Gewerbliche Wirtschaft ist sehr zufrieden mit dem bisherigen Jahresverlauf und erwartet das erreichte Niveau halten zu können

In der aktuellen Umfrage der IHK-Region Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern beurteilen die Unternehmen ihre wirtschaftliche Lage positiv.¹ 94 % der Unternehmen bezeichnen sie als „befriedigend“ oder „gut“. Mit ausschlaggebend für diese Einschätzung ist sicherlich die verbesserte Gewinnsituation in den Unternehmen. Seit dem Jahresbeginn (JB) 2018, als 30 % der Unternehmen ihre Gewinnlage als „gut“ bezeichnet hatten, ist dieser Anteil schrittweise auf nun 42 % gestiegen.

Bei der Frage nach ihren Erwartungen für die kommenden 12 Monate äußern sich die Unternehmen aktuell vorsichtiger als bei der Vorumfrage. Die gute wirtschaftliche Lage, die zum Teil dazu führt, dass die Unternehmen an ihrer Kapazitätsgrenze arbeiten, lässt kurzfristig kaum noch Raum für Wachstum. Gleichzeitig lassen sich die vorsichtigeren Äußerungen der Unternehmen kaum als rezessive Tendenz interpretieren. Dagegen spricht, dass die Antworten der Unternehmen bei der Umfrage im Herbst regelmäßig sehr vorsichtig ausfallen, so dass sich dahinter wohl auch zum Teil ein saisonales Muster verbirgt. Außerdem stimmen die Beurteilungen der Auftragslage optimistisch: 56 % der Unternehmen halten ihre Auftragslage für „gut“, 35 % für „befriedigend“. Dies entspricht in etwa den Beurteilungen der Auftragslage seit Frühsommer 2018.

Zur Abbildung der Einschätzungen der Unternehmen bzgl. der aktuellen Lage und ihrer Erwartungen in einer einzigen Zahl dient der **Konjunkturklimaindikator**. Er kann Werte von 0-200 annehmen. Die gute Beurteilung der Lage und die gegenüber der Vorumfrage vorsichtigeren Erwartungen bewirken, dass der Konjunkturklimaindikator gegenüber der Vorumfrage um 5 auf nun 125 Indexpunkte gesunken ist und damit in etwa auf dem Wert der Vorjahresumfrage liegt (Abb. 1). Viel stärker ist der Rückgang dieses Stimmungsindicators in Deutschland insgesamt. Das hohe Gewicht der Investitionsgüter produzierenden Industrie und die aktuell schwächelnde Nachfrage aus dem In- und Ausland nach Investitionsgütern sind hierfür eine wesentliche Ursache.

Abb. 1



Der Anteil der Unternehmen in der IHK-Region, die in den kommenden 12 Monaten von einer steigenden Mitarbeiterzahl ausgehen, übertrifft den Anteil der Unternehmen, die einen Rückgang erwarten nur noch um 5 Prozentpunkte. Bei der Vorjahresumfrage lag der Wert bei 9 Prozentpunkten. Dies spricht dafür, dass ein Zuwachs an Beschäftigung, wie er im vergangenen und auch in diesem Jahr schon erzielt wurde, für die kommenden 12 Monate nicht zu erwarten ist. Dass die Unternehmen ihre tatsächliche Arbeitsnachfrage

¹ Für die Konjunkturumfrage wurden rund 800 Unternehmen befragt, geantwortet haben davon 264. Sie verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie, Bau, Handel, Verkehr, Gastgewerbe und Dienstleistungen.

oft nicht befriedigen können, zeigen ihre Antworten auf die Frage, ob Stellen längerfristig (mehr als zwei Monate lang) nicht besetzt werden können. Von den Unternehmen, die derzeit Einstellungen vornehmen wollen, haben nur 30 % keine Probleme bei der Besetzung, 70 % können Stellen längerfristig nicht besetzen. In knapp 70 % der Unternehmen wird daraus eine Mehrbelastung der vorhandenen Belegschaft resultieren.

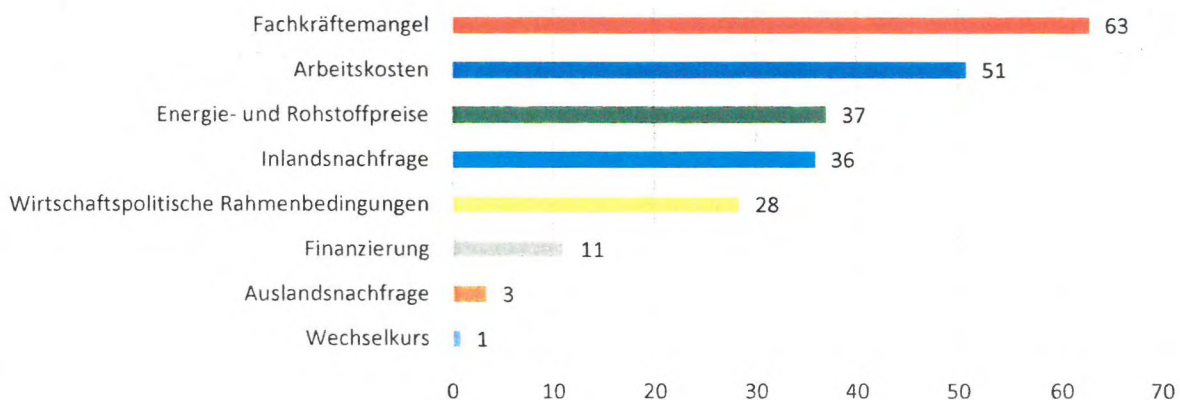
Dass die Unternehmen unter dem Fachkräftemangel leiden, wird auch darin deutlich, dass 63 % der Unternehmen in ihm ein Risiko für ihre wirtschaftliche Entwicklung (Abb. 2) sehen und er damit an der Spitze der Geschäftsrisiken steht. Der Fachkräftemangel wiederum lässt die Arbeitskosten steigen. Gut die Hälfte der Unternehmen erachten dies als ein Risiko für ihre Geschäftsentwicklung.

Die Energie- und Rohstoffpreise stehen an dritter Stelle unter den Risiken für die Geschäftsentwicklung, werden nun aber – anders als noch bei der Vorumfrage – dicht gefolgt von der Inlandsnachfrage. Hierin zeigt sich die Sorge der hiesigen industriellen Zulieferunternehmen und industrienahen Dienstleistungen über die gedämpften gesamtdeutschen Konjunkturerwartungen. Am stärksten geändert hat sich die Beurteilung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Während bei der Vorumfrage 21 % der Unternehmen in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ein Risiko für ihre Geschäftsentwicklung sahen sind es nun 28 %. Am häufigsten beklagen die Unternehmen die Gefahr einer steigenden Steuerlast, den hohen bürokratischen Aufwand und die Belastungen durch die Energie- und Umweltpolitik.

Im Vergleich zur gesamtdeutschen Betrachtung spielt der Außenhandel in der IHK-Region eine geringere Rolle. Gut 70 % der auf die Umfrage antwortenden Unternehmen exportieren nicht. Trotz der schwelenden weltweiten Handelskonflikte, der nachlassenden Weltkonjunktur und dem drohenden harten Brexit erwarten unter den übrigen mehr Unternehmen steigende als sinkende Exporte. Aufgrund ihrer geringen Außenhandelsorientierung stellt die Auslandsnachfrage und der Wechselkurs für die hiesigen Unternehmen kaum ein Geschäftsrisiko dar.

Abb. 2

Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens (Anteil der Nennungen in % der antwortenden Unternehmen, Mehrfachnennungen möglich)



Der Investitionssaldo (Differenz der prozentualen Anteile von „höher“ und „geringer“ –Antworten) ist seit der Umfrage zum Jahresbeginn 2017 positiv und hat seinen Höhepunkt von 9 Prozentpunkten in der Umfrage zum Jahresbeginn 2019 erreicht. Die Unternehmen haben also in den vergangenen zwei Jahren hohe Investitionen getätigt und nun lässt die Investitionsdynamik nach, weil viele Investitionsprojekte abgeschlossen sind. Der aktuell rückläufige Investitionssaldo hat seine Ursache also weniger in schlechten Konjunkturaussichten als in einem zyklischen Investitionsgeschehen. Die Angaben der Unternehmen zu ihren Investitionshöhen lassen allerdings keinen starken Rückgang der Investitionstätigkeit erwarten: Der Anteil an Unternehmen, die keine Investitionen planen, liegt mit 16 % auf dem Wert der Vorumfrage und der Anteil der Unternehmen, die Investitionen von über 500.000 € planen, ist sogar geringfügig (von 13 auf 15 %) gestiegen.

Neben Ersatzinvestitionen, die von drei Vierteln der Unternehmen als Hauptmotiv genannt werden, spielen Rationalisierungsinvestitionen (27 %) und Erweiterungsinvestitionen (28 %) die größte Rolle.

Die Entwicklung in den Branchen

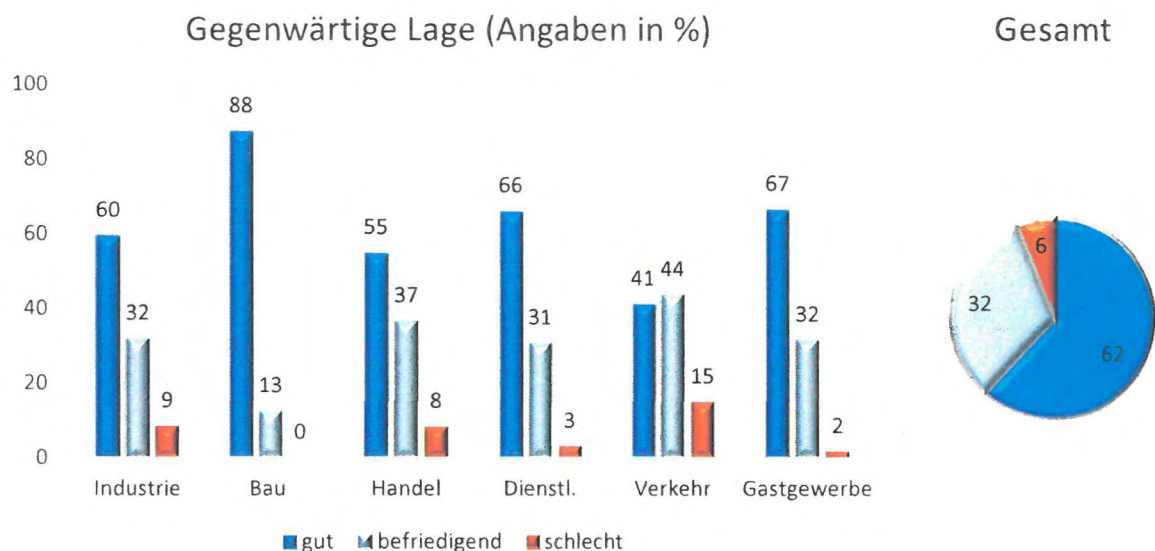
Im Vergleich zur Vorumfrage und zur Vorjahresumfrage beurteilen deutlich mehr Industrieunternehmen ihre Lage als „gut“ (Abb. 3). Wie in der gewerblichen Wirtschaft insgesamt geht die günstigere Beurteilung der wirtschaftlichen Lage einher mit einer verbesserten Gewinnsituation. Die Industrieunternehmen halten aktuell ihre Gewinnlage für besser als in der Vorumfrage oder der Vorjahresumfrage (Gewinnsaldo: H 19: 21 Prozentpunkte, FS 19: 16 Prozentpunkte, H 18: 14 Prozentpunkte). Insbesondere fällt auf, dass weniger Unternehmen als in der Vorumfrage ihre Gewinnlage als schlecht beurteilen.

Auch die Auftragslage wird von den Industrieunternehmen wieder sehr viel besser beurteilt. 57 % der Industrieunternehmen bezeichnen ihre Auftragslage als „gut“ und nur 7 % als „schlecht“. Der Auftragslagesaldo hat sich damit gegenüber der Umfrage vom Frühsommer mehr als verdoppelt. Die verbesserte Auftragslage lässt die Industrieunternehmen wieder positiver in die Zukunft schauen, so dass der Anteil der Unternehmen, die von einer Verschlechterung ihrer Geschäftsentwicklung in den nächsten 12 Monaten ausgehen, auf 2 % gefallen ist (Abb. 4). Der Erwartungssaldo ist damit von 6 Prozentpunkten im Frühsommer auf nun 17 Prozentpunkte angestiegen.

Die verbesserte Beurteilung der Lage und die positiveren Erwartungen der regionalen Industrieunternehmen fallen zeitlich zusammen mit einem weiteren Rückgang der Produktion in der bundesdeutschen Industrie. Durch ihre im Vergleich zur hiesigen Industrie viel stärkere Exportabhängigkeit leidet die Industrie im gesamtdeutschen Durchschnitt unter den globalen Handelskonflikten und der Unsicherheit bzgl. eines drohenden harten Brexits besonders stark. Außerdem weist die regionale Industrie eine Spezialisierung auf konsumnahe Branchen auf, die ihr aktuell zu Gute kommt, da der private Konsum 2019 aufgrund der kräftig gestiegenen verfügbaren Einkommen in Deutschland eine Stütze der Konjunktur ist und dies auch 2020 noch sein wird. Die Industrieunternehmen, die nicht diese auf den inländischen Konsum ausgerichtete Produktion aufweisen – also Investitionsgüter oder Vorleistungsgüter produzierende Unternehmen mit hohem Exportanteil – sind auch in der IHK-Region von einer schwächelnden In- und Auslandsnachfrage betroffen.

Die verbesserte Gewinnsituation und die positiveren Erwartungen bei der Gesamtheit der Industrieunternehmen stimulieren die Investitionsbereitschaft, so dass der Investitionssaldo, der bei der Vorumfrage bei -6 Prozentpunkten lag, nun auf +7 Prozentpunkte angestiegen ist (Abb. 5). Der Anteil der Industrieunternehmen, die keine Investitionen planen, liegt wie schon im Frühsommer bei 15 %, und auch die Anteile der Unternehmen, die unter oder über 500.000 € investieren haben sich gegenüber dem Frühsommer kaum verändert (Abb. 6). Angesichts des verbesserten Saldos ist eine Steigerung der regionalen Investitionstätigkeit in den kommenden 12 Monaten durchaus möglich. Als Hauptmotiv für die Investitionen nennen 38 % der Unternehmen Rationalisierungsbestrebungen. Auslöser dafür sind nicht nur die steigenden Arbeitskosten, die für 50 % der Industrieunternehmen ein Geschäftsrisiko darstellen, sondern auch der Arbeitskräftemangel. Im Durchschnitt kann in jedem Industrieunternehmen eine offene Stelle derzeit längerfristig aus Mangel an einer passenden Arbeitskraft nicht besetzt werden. Angesichts der besseren Stimmung in der Industrie überrascht es nicht, dass Kapazitätsausweitungen als Investitionsmotiv wieder an Bedeutung gewonnen haben. Damit einher gehen verbesserte Beschäftigungspläne: Der Beschäftigungssaldo ist nicht mehr negativ wie bei der Umfrage im Frühsommer 2019 sondern ausgeglichen (Abb. 7).

Abb. 3

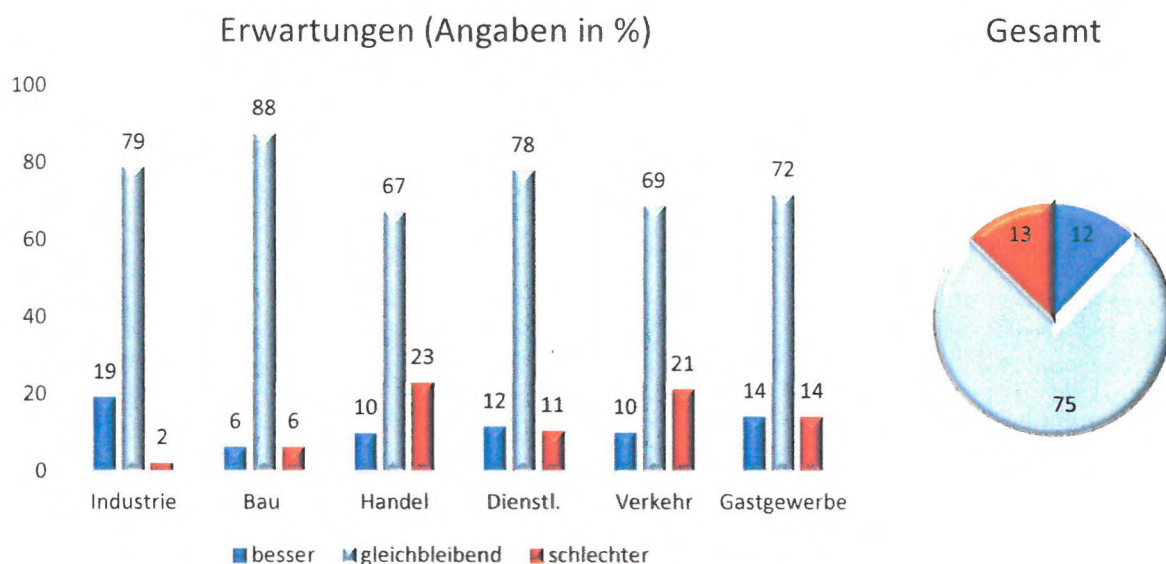


In der Baubranche hält der Boom an. Angesichts der hohen Baunachfrage sprechen 63 % der Baubetriebe von einer „guten“ Gewinnlage und 81 % melden eine „gute“ Auftragslage. Deshalb sind die Baubetriebe insgesamt mit ihrer wirtschaftlichen Lage sehr zufrieden und ihre Erwartungen für die kommenden 12 Monate bleiben hoch. Allerdings arbeiten inzwischen die meisten Baubetriebe an der Kapazitätsgrenze, so dass 94 % der Betriebe in den kommenden 12 Monaten keine weitere Steigerung der Geschäftstätigkeit erwarten.

In den beiden früheren Umfragen in diesem Jahr gaben sehr viel mehr Betriebe an, die Investitionsausgaben in den kommenden 12 Monaten zu steigern als zu reduzieren. Viele dieser geplanten Investitionsvorhaben sind inzwischen wahrscheinlich umgesetzt und so ist es zu verstehen, dass in der aktuellen Umfrage die Betriebe überwiegen, die in den kommenden 12 Monaten geringere Investitionsausgaben vorsehen. Diese Einschätzung wird unterstützt in den Antworten auf die Frage nach der Höhe der Investitionsausgaben. Im Vergleich zu den beiden vorigen Umfragen ist bei der aktuellen Umfrage der Anteil der Betriebe, die keine Investitionen planen mit 25 % sehr hoch (JB 19: 10 % und FS 19: 12 %). Der Anteil der Unternehmen, die Investitionsausgaben von über 500.000 € vorsehen, ist mit 19 % niedrig (JB 19: 25 % und FS 19: 24 %). Bei den Betrieben, die Investitionsausgaben planen, stehen Kapazitätserweiterungen im Fokus. Sie reagieren damit auf die anhaltend hohe Baunachfrage.

Angesichts der hohen Baunachfrage erwarten 13 % der Baubetriebe, dass ihre Beschäftigtenzahl noch zulegen wird. Kein Betrieb erwartet einen Beschäftigtenrückgang. Der Arbeitskräftemangel ist in der Baubranche besonders groß. Gut 90 % der Betriebe, die aktuell Personalbedarf haben, können offene Stellen langfristig nicht besetzen. Im Durchschnitt bleiben bei jedem Baubetrieb knapp 4 Stellen unbesetzt. Knapp 70 % der Betriebe antworten, dass dadurch die vorhandene Belegschaft mehr arbeiten muss und ebenfalls knapp 70 % werden mit einer Einschränkung ihres Angebots reagieren. Zum Beispiel bewerben sie sich nur sehr vorsichtig insbesondere auf öffentliche Ausschreibungen. Sie fürchten, dass sie, wenn sie den Zuschlag für mehrere Bauprojekte erhalten, diese mit der Stammebelegschaft nicht umsetzen können, gleichzeitig aber kurzfristig keine zusätzlichen Arbeitskräfte finden können.

Abb. 4



Auch im *Handel* hat sich die wirtschaftliche Lage weiter verbessert. Mehr Unternehmen (55 %) bezeichnen ihre Lage nun als „gut“. Die Unternehmen melden eine verbesserte Gewinnlage: 44 % der Unternehmen schätzen ihre Gewinnlage als „gut“ ein. In diesem Jahr sind aufgrund der weiter gestiegenen Beschäftigung aber auch durch eine Vielzahl finanzpolitischer Maßnahmen die verfügbaren Einkommen insbesondere auch der unteren Einkommensklassen gestiegen. Da diese eine hohe Konsumquote aufweisen und außerdem Sparen angesichts der geringen Verzinsung unattraktiv ist, ist der private Konsum stark angestiegen. Der Handel hat davon sehr profitiert. Auf den stationären Einzelhandel hatte der heiße und trockene Sommer unterschiedliche Effekte. Einerseits hat er die Konsumenten aus den Städten ins Grüne gelockt und daher eher umsatzmindernd gewirkt, andererseits hat er die Touristenzahlen gesteigert und dadurch die Umsätze von Einzelhändlern in touristischen Orten angeregt.

Angesichts der guten Lage erwarten aktuell weniger Handelsunternehmen eine weitere Verbesserung ihrer Geschäftstätigkeit, so dass der Erwartungssaldo nach einem Plus von 8 Prozentpunkten bei der Vorumfrage nun auf ein Minus von 13 Prozentpunkten gefallen ist. Der Investitionssaldo ist zwar nicht mehr positiv wie in der Vorumfrage, aber die Angaben der Unternehmen zu den Investitionshöhen machen deutlich, dass die gute Gewinnlage die Investitionsbereitschaft anregt. Nur 17 % der Unternehmen planen keine Investitionsausgaben (JB19: 37 %) und 5 % planen Investitionsausgaben von über 500.000 € (JB 19: 2 %). Neben Ersatzbedarf stehen Kapazitätserweiterungen im Vordergrund. Im Handel scheint der Arbeitskräftemangel weniger die gesamte Branche zu erfassen als zum Beispiel im Baugewerbe. 55 % der Unternehmen geben an, derzeit keinen Personalbedarf zu haben und von denen, die Personal suchen, können immerhin fast 40 % die offenen Stellen problemlos besetzen. Die Arbeitskosten werden von den Handelsunternehmen am häufigsten als Risiko für ihre Geschäftsentwicklung genannt. Dies ist damit zu erklären, dass die stationären Einzelhandelsunternehmen durch den Preiswettbewerb mit Online-Händlern, die mit geringeren Personalkapazitäten arbeiten können, stark unter Druck stehen.

Abb. 5

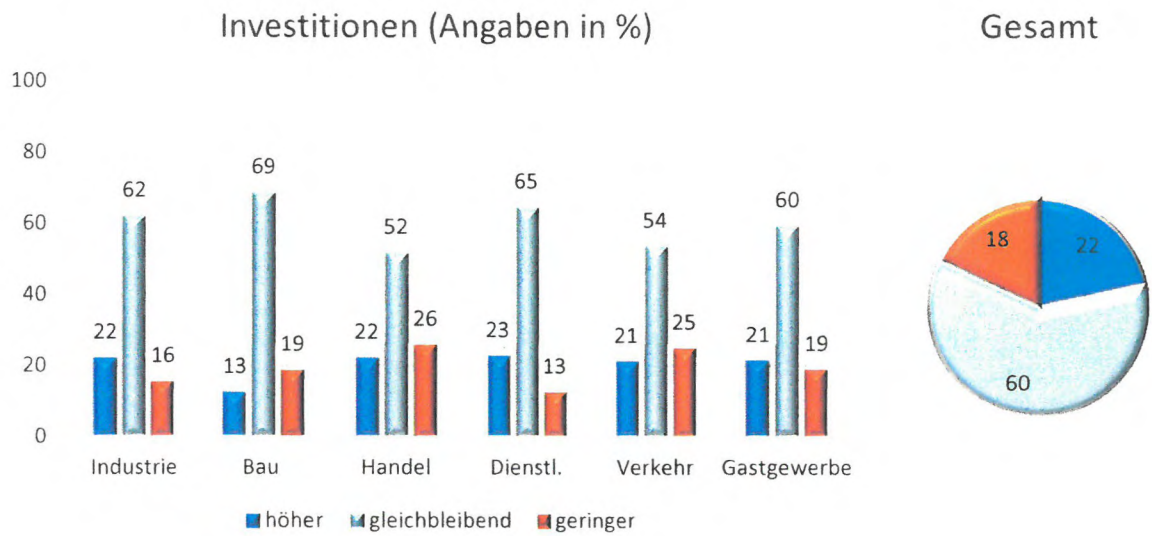
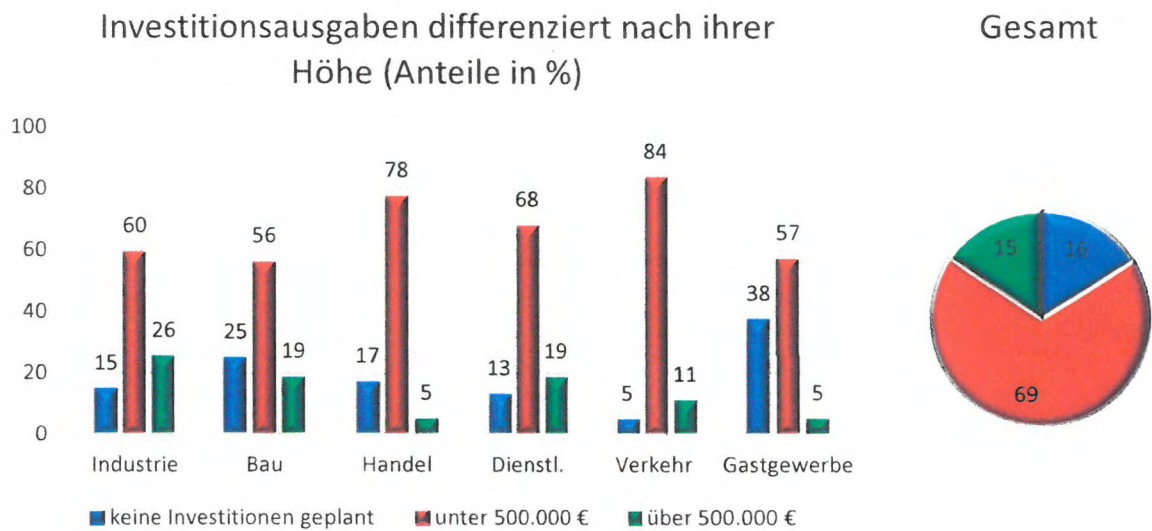


Abb. 6



Die Dienstleistungsunternehmen beurteilen ihre Situation unverändert gut. Sie schätzen ihre wirtschaftliche Lage (Lagesaldo: 63 Prozentpunkte), ihre Gewinnlage (Gewinnlagesaldo: 33 Prozentpunkte) und die Auftragslage (Auftragslagesaldo: 60 Prozentpunkte) in etwa so gut ein wie bei der Vorumfrage. Die Immobilienbranche profitiert von der durch niedrige Zinsen stimulierten, hohen Nachfrage nach Wohneigentum. Den konsumnahen Dienstleistungen kommen die gestiegenen verfügbaren Einkommen zu Gute. Die fortlaufende Digitalisierung hält die Nachfrage nach Softwaredienstleistungen hoch. Auch wenn es der Branche insgesamt sehr gut geht, stechen die unternehmensnahen Dienstleister doch dadurch hervor, dass ihre Antworten zur wirtschaftlichen Lage und zur Auftragslage besonders positiv sind. Damit heben auch sie sich ab vom bundesdeutschen Geschehen, wo die unternehmensnahen Dienstleister zunehmend in den Sog der schwächelnden Industrie geraten.

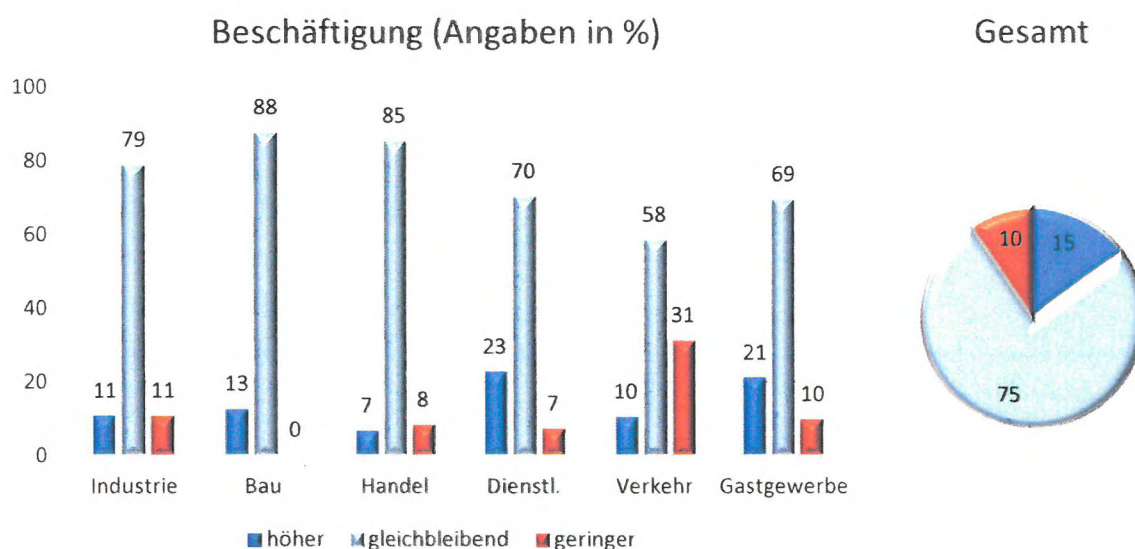
Die Erwartungen für die kommenden 12 Monate haben auch bei den Dienstleistungsunternehmen angesichts des schon erreichten Niveaus gegenüber der Vorumfrage etwas nachgelassen.

Die Investitionsbereitschaft ist ähnlich hoch wie bei der Umfrage im Frühsommer. Anders als bei den anderen Branchen sind die Unternehmen, die ihre Investitionsausgaben erhöhen wollen noch stark in der Überzahl gegenüber denjenigen, die die Investitionsausgaben senken wollen (Investitionssaldo: 10

Prozentpunkte). Zu diesem Ergebnis tragen ganz besonders die konsumnahen Dienstleistungen bei. Der Impuls, der von den Investitionen auf die regionale Wirtschaft ausgeht, wird noch dadurch verstärkt, dass der Anteil an Investitionsausgaben über 500.000 € um 8 Prozentpunkte gegenüber der Vorumfrage zugelegt hat.

Bei den Dienstleistungsunternehmen - beider Teilbranchen - überwiegen diejenigen, die in den nächsten 12 Monaten mit einer höheren Beschäftigung in ihrem Unternehmen rechnen noch deutlich diejenigen, die von einer sinkenden Beschäftigtenzahl ausgehen. Zwei von drei Unternehmen geben allerdings an, dass sie derzeit offene Stellen längerfristig nicht besetzen können.

Abb. 7



In der Verkehrsbranche wird die aktuelle Lage gemessen am Lagesaldo (26 Prozentpunkte), nicht mehr so gut beurteilt wie bei der Vorumfrage (47 Prozentpunkte) oder der Vorjahresumfrage (55 Prozentpunkte). Gleichzeitig hat sich die Beurteilung der Gewinnlage deutlich verschlechtert. Inzwischen überwiegen wieder die Unternehmen, die ihre Gewinne als „schlecht“ einstufen diejenigen, die sie als „gut“ erachten (Gewinnlagesaldo: -5 Prozentpunkte). Da die Logistikunternehmen im internationalen Wettbewerb stehen, können sie Kostensteigerungen nur schwer in ihre Preise kalkulieren. Die diesjährigen Arbeitskostensteigerungen haben sich deshalb wahrscheinlich negativ auf die Gewinne ausgewirkt. So überrascht es nicht, dass mehr als 70 % der Verkehrsunternehmen die Arbeitskosten einerseits und die Energie- und Rohstoffpreise andererseits als die Hauptrisiken ihrer Geschäftstätigkeit nennen. Auch die Auftragslage im Verkehrsgewerbe hat sich deutlich verschlechtert. Während sie bei allen Umfragen der vergangenen zwei Jahre von den Verkehrsunternehmen besser beurteilt wurde als im Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft, liegt sie nun unter dem Durchschnitt. Insofern ist im Verkehrsgewerbe der Rückgang der Erwartungen – der Erwartungssaldo ist von 23 Prozentpunkten auf - 11 Prozentpunkte gefallen – Ausdruck der sich verschlechternden Auftrags- und Gewinnlage. Dies wirkt sich negativ auf die Investitionsbereitschaft der Unternehmen aus. Zum einen ist der Investitionssaldo wieder negativ. Zum anderen ist der Anteil der Verkehrsunternehmen mit Investitionen von über 500.000 € von 24 % bei der Vorumfrage auf nun 11 % zurückgegangen. Kapazitätserweiterungen haben als Investitionsmotiv gegenüber der Vorumfrage an Bedeutung verloren. Neben Ersatzbeschaffungen stehen Rationalisierungsinvestitionen im Vordergrund. Diese sind sicherlich auch eine Reaktion auf den Fachkräftemangel in der Branche; denn knapp 70 % der Unternehmen geben an, offene Stellen längerfristig nicht besetzen zu können. Im Durchschnitt der antwortenden Verkehrsunternehmen bleiben derzeit gut zwei offene Stellen unbesetzt. Dies erklärt auch den hohen negativen Beschäftigungssaldo im Verkehrsgewerbe. Viele Verkehrsunternehmen erwarten, dass ihre Mitarbeiterzahl in den kommenden 12 Monaten sinken wird, weil frei werdende Stellen nicht neu besetzt werden können.

Das Gastgewerbe schätzt seine wirtschaftliche Lage in etwa so ein wie vor einem Jahr. Es profitierte – auch ähnlich dem vergangenen Jahr – von dem trockenen und heißen Sommer. Die Gewinnlage wird nicht

mehr ganz so gut wie im Vorjahr eingeschätzt: Der Gewinnsaldo ist von 46 auf 33 Prozentpunkte zurückgegangen. Auch hier werden Arbeitskostensteigerungen eine Rolle spielen, da sie nicht gleich auf die Preise weitergegeben werden können, weil z.B. die Übernachtungspreise in 2019 von den Beherbergungsbetrieben schon zum Ende 2018 festgelegt wurden. Die hohe Auslastung der Betriebe in der vergangenen Saison regt an, Buchungen früh vorzunehmen. Dies zeigt sich an der guten Beurteilung des Vorbuchungsstandes durch die Betriebe (Auftragslagesaldo: 37 Prozentpunkte). Die Vorbuchungslage stabilisiert die Erwartungen der Unternehmen. 72 % der Betriebe erwarten eine gleichbleibende Geschäftslage, 14 % sogar eine Verbesserung.

Die Betriebe, die ihre Investitionsausgaben erhöhen wollen und die, die sie reduzieren wollen, halten sich in etwa die Waage. 38 % der Betriebe geben an, keine Investitionen zu planen. Bei den Beherbergungsbetrieben liegt dieser Wert bei 25 % und ist damit nur leicht überdurchschnittlich. Dagegen sagen knapp 50 % der Gastronomiebetriebe, keine Investitionen vorzusehen. Dies kann damit zusammenhängen, dass viele Restaurants inzwischen schon ihr Angebot aufgrund des Arbeitskräftemangels eingeschränkt haben und daher keinen Anlass für Investitionen in die Küche oder den Gastraum sehen. Bei den Betrieben, die investieren, stehen im Wesentlichen Ersatzinvestitionen an. 27 % der Betriebe nennen Rationalisierung als weiteres Investitionsmotiv.

Die gastgewerblichen Betriebe leiden insgesamt stark unter dem Fachkräftemangel. Fast drei Viertel der Betriebe nennt den Fachkräftemangel als Geschäftsrisiko. Dass 46 % der Betriebe angeben, dass sie zurzeit keinen Personalbedarf haben, liegt daran, dass die Hauptsaison nun vorbei ist und viele ihr Angebot in der Nebensaison einschränken. Von den Betrieben, die Personal suchen, können gut 80 % die offenen Stellen längerfristig nicht besetzen.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Stimmung in der Wirtschaft in der IHK-Region ist besser als in Deutschland insgesamt. Dies liegt zum einen daran, dass bundesweit die Industrie sich aktuell in der Rezession befindet und dies inzwischen auch auf die industrienahen Dienstleistungen ausstrahlt. Die gewerbliche Wirtschaft in der IHK-Region hängt aufgrund ihrer Struktur stärker vom privaten Konsum ab als im Bundesdurchschnitt. Das kräftige Wachstum des privaten Konsums in diesem Jahr hat ihr starke positive Impulse gegeben und die dämpfenden Einflussfaktoren aus der übrigen bundesdeutschen Wirtschaft und dem Ausland insgesamt offenbar ausgeglichen.

Die Erwartungen für die kommenden 12 Monate haben zwar auch in der IHK-Region nachgelassen, aber die positiven Antworten auf die Frage nach der Auftragslage, lassen eher ein Abflachen des Wachstum als einen Rückgang der Produktion erwarten.

Die Beschäftigung könnte nachfragebedingt weiter ansteigen. Der Anstieg wird allerdings in allen Branchen, besonders stark aber in der Baubranche, durch den Arbeitskräftemangel begrenzt und hemmt somit die Wachstumsmöglichkeiten der Region. Dass im Jahr 2018 der Nettozuzug von Deutschen in die Region gegenüber 2017 nochmals zugelegt hat, ist deshalb eine sehr positive, aber auch dringend notwendige Entwicklung. Nur 10 % der Unternehmen erwarten von den Regelungen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes eine Linderung ihres Fachkräftemangels, 60 % können die Wirkungen diesbezüglich noch nicht abschätzen. Die IHK Neubrandenburg berät zu den Regelungen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes.

IHK Neubrandenburg
für das östliche Mecklenburg-Vorpommern
Katharinenstraße 48
17033 Neubrandenburg

Postanschrift:
Postfach 11 02 53
17042 Neubrandenburg

Frau Dr. Dorothea Lucke
Wirtschaft/Arbeit
Tel. 0395 5597-203

Fax 0395 5597-513

E-Mail dorothea.lucke@neubrandenburg.ihk.de

www.neubrandenburg.ihk.de

